

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Alexander Ulrich, Brigitte Freihold, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/24769 –**

Die Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen für Beschäftigung und Regionen

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Gemeinschaftsdiagnose führender Forschungsinstitute vom 14. Oktober 2020 prognostiziert für das Jahr 2020 einen Rückgang des BIP um preisbereinigt 5,4 Prozent. Eine Corona-Sonderbefragung des KfW-Mittelstandspanels von Juni 2020 zeigt: Im Mai mussten 61 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) coronabedingte Umsatzeinbußen verkraften. Durchschnittlich 46 Prozent der üblicherweise zu erwartenden Umsätze gingen verloren. Insgesamt verliert der Mittelstand im Mai 2020 ca. 88 Mrd. Euro seiner Jahresumsätze. Das entspricht etwa 46 000 Euro je betroffenem Unternehmen.

Im Rahmen der Corona-Hilfsmaßnahmen fließen öffentliche Mittel in unterschiedlicher Form an Großunternehmen, die Tochterfirmen in Steueroasen unterhalten, Dividenden ausschütten oder tausende Stellen streichen. Im Kontrast zu diesen vielen Milliarden Euro steht, dass sehr viele kleine und mittlere Unternehmen weit weniger öffentliche Hilfen und Unterstützung erhalten oder gänzlich leer ausgehen und sich selbst helfen müssen, um die Krise zu überstehen. Diese Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und bis zu 50 Mio. Euro Jahresumsatz werden gern als Rückgrat der deutschen Wirtschaft bezeichnet, aber in der Praxis oft vernachlässigt. Dabei stehen die KMU für 99,4 Prozent aller Unternehmen in Deutschland, stellen 52 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft, bilden am meisten aus und sichern so den Fachkräftenachwuchs (https://www.ifm-bonn.org/fileadmin/data/redaktion/statistik/unternehmensbestand/dokumente/KMU-D_2014-2018_EU-Def.pdf). Mit ihrer langfristig orientierten Beschäftigungspolitik und regionalen Wirtschaftskraft leisten KMU einen wichtigen sozialen und ökonomischen Beitrag überall in Deutschland.

Besonders in strukturschwachen Regionen sind die KMU mit entscheidend, um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Entsprechend können die Effekte der Corona- und Wirtschaftskrise und fehlerhafte politische Schwerpunktsetzung zulasten der KMU die Ungleichheiten zwischen den armen und wohlhabenden Regionen verschärfen. Insbesondere würde eine wachsende Zahl an Insolvenzen finanzschwache Kommunen und die regionalen Wirtschaftskreisläufe hart treffen. Kommunen und KMU sind außerhalb von starken Metropolregionen und/oder Regionen mit großen Industrien eng aufeinander angewiesen. Eine Lösung des kommunalen Altschuldenproblems unter

Beteiligung des Bundes würde erhebliche Mittel zum Abbau des Investitionsstaus freisetzen, was wiederum die KMU vor Ort stärken würde. In dieser Hinsicht ist die öffentliche Unterstützung für die Großunternehmen zu hinterfragen, und es ist zu klären, ob den KMU effektiv geholfen wird, um Beschäftigung zu sichern und die Regionen zu fördern.

1. Hat die Bundesregierung die aktuelle Situation der KMU in der Corona- und Wirtschaftskrise bewertet, und welche Auswirkungen auf die KMU erwartet die Bundesregierung angesichts des drohenden zweiten „Lockdowns“ (bitte begründen)?

Die Bundesregierung beobachtet die aktuell sehr ernste Lage der KMU durch regelmäßige Unternehmensbefragungen und laufende Kontakte mit den Verbänden. Zu der derzeitigen Lage der deutschen KMU Ende 2020 (unter Berücksichtigung der erneuten behördlich angeordneten Schließungen) liegen keine Daten vor. Da die besonders betroffenen Branchen sehr stark mittelständisch geprägt sind, wird davon ausgegangen, dass KMU schwer betroffen sind, auch wenn sie aufgrund höherer Flexibilität z. B. in der Finanzkrise durch Anpassungen von Geschäftsmodellen, Kundenkreis und Angeboten im Schnitt besser durch die Krise gekommen sind als Großunternehmen. Zudem haben die Unternehmen über alle Größenklassen, auch KMU, ihre Eigenkapitalquote in den letzten 20 Jahren spürbar erhöht. Die Auswirkungen auf die Wirtschaft und insbesondere auf KMU wird maßgeblich von der Dauer und Schwere des weiteren Infektionsverlaufs und der Konjunkturerholung in Deutschland, der EU und anderen wichtigen Abnehmerländern abhängen. Die EU-Kommission erwartet aktuell (Stand Mitte November 2020) für die gesamte EU (EU-27) in diesem Jahr einen Rückgang der Anzahl der KMU um 2,5 Prozent, einen Rückgang der Wertschöpfung von KMU um 6 Prozent und einen Rückgang der Beschäftigung in KMU um 2,4 Mio. Arbeitsplätze. Damit seien die Gewinne einer Dekade der Erholung nach der Finanzkrise zunichte gemacht worden.

Das Geschäftsklima im deutschen Mittelstand hat sich laut KfW-ifo-Mittelstandsbarometer im November 2020 deutlich eingetrübt (insbesondere bei den Dienstleistungsunternehmen mit Gastgewerbe, Unterhaltung, Kultur, Sport und den persönlichen Dienstleistungen, die von den Schließungen betroffen sind), allerdings weniger stark als im Frühjahr 2020. Die Betroffenheit der einzelnen Unternehmen in den Branchen ist jedoch sehr unterschiedlich.

In der letzten Umfrage des Unternehmens Kantar im September/Oktober 2020 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vor den Schließungen antworteten 49 Prozent der Kleinstunternehmen (weniger als 10 Beschäftigte) und über 50 Prozent der Unternehmen in den anderen Größenklassen (10 bis 49 Beschäftigte, 50 bis 249 Beschäftigte, mehr als 250 Beschäftigte), dass es sehr unwahrscheinlich (1 auf einer Skala von 1 bis 5) sei, dass sie in den kommenden drei Monaten einen zusätzlichen Finanzbedarf haben werden. 45 Prozent der Kleinstunternehmen (1 bis 10 Beschäftigte) gaben an, Soforthilfen genutzt zu haben. Rund ein Drittel der kleinen Unternehmen (1 bis 49 Beschäftigte) hatte Überbrückungshilfen beantragt oder wollte noch einen Antrag stellen. Über 70 Prozent der größeren Unternehmen hatten bislang keinen Antrag gestellt und plante keine Antragstellung. Über die Hälfte der befragten Unternehmen mit 1 bis 49 Beschäftigten wünschte eine Verlängerung bzw. Ausweitung der Kredit- und Bürgschaftsprogramme, zusätzliche Instrumente zur Eigenkapitalstärkung und weitere Zuschussprogramme wegen fehlender Rückzahlungsmöglichkeiten.

2. Welche Maßnahmen zur Förderung der KMU setzte die Bundesregierung seit 2010 um, wie bemisst sie die Effektivität dieser Maßnahmen, und welche weiteren Maßnahmen plant sie (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Wesentliche Schwerpunkte der KMU-Förderung der Bundesregierung sind die Bereiche Gründung/Unterstützung des Wachstums von Unternehmen, Forschung, Entwicklung und Innovation, Vernetzung, Fachkräftesicherung (inkl. Handwerk), Außenwirtschaftsförderung, Digitalisierung und Energie. Mittelbar begünstigt werden KMU darüber hinaus auch in anderen Förderbereichen, die primär andere Ziele wie z. B. Technologie-, Cluster- oder Regionalförderung verfolgen, z. B. durch höhere Fördersätze. Die förderpolitischen Schwerpunkte haben sich in den letzten zehn Jahren abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Situation und langfristiger politischer Prioritäten verändert. Während 2010 noch die Bewältigung der Finanzkrise im Vordergrund stand, rückten in den weiteren Jahren Energiewende und Digitalisierung sowie Fachkräftemangel in das Zentrum der Förderung. Zudem setzte sich die Bundesregierung das Ziel, Gründung und Wachstum innovativer Technologieunternehmen zu fördern, etwa mit dem Zukunftsfonds. Weitere Maßnahmen zielten und zielen darauf, die Innovationsaktivitäten von KMU zu unterstützen und die Innovationsbasis des Mittelstands zu verbreitern.

In der Förderdatenbank www.foerderdatenbank.de werden über die Suchfilter „Fördergebiet“ und „Unternehmensgröße“ aktuell 104 KMU-Förderprogramme der Bundesregierung ausgewiesen. Eine Übersicht über die Maßnahmen zur Förderung von KMU seit 2010 liegt der Bundesregierung nicht vor. Bei einer Erfassung abgeschlossener Fördermaßnahmen, die KMU direkt oder mittelbar begünstigen, würde sich die Zahl der abgeschlossenen Fördermaßnahmen vervielfachen. Deren Zusammenstellung hätte einen für die Ressorts der Bundesregierung nicht zumutbaren Arbeitsaufwand zur Folge.

Die Bundeshaushaltsordnung legt durch § 7 Absatz 2 BHO und die zugehörigen Verwaltungsvorschriften fest, dass für alle finanzwirksamen Maßnahmen angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen in der Planungsphase und Erfolgskontrollen als systematische Prüfungsverfahren durchzuführen sind. Die Erfolgskontrolle dient dazu, während der Durchführung (begleitende Erfolgskontrolle) und nach Abschluss (abschließende Erfolgskontrolle) einer finanzwirksamen Maßnahme eine Zielerreichungs-, Wirkungs- und Wirtschaftlichkeitskontrolle durchzuführen.

Das konkrete Vorgehen wird jeweils durch das zuständige Ressort für die jeweilige Fördermaßnahme festgelegt.

3. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Studien, die das Steueraufkommen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene nach
 - a) KMU und
 - b) Großunternehmenunterscheiden?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor. Statistiken oder Studien mit der erfragten Aufschlüsselung sind nicht bekannt.

4. In welcher Höhe wurden Mittel der Hilfsprogramme (Zuschuss- und Darlehenskomponente) des Bundes in der Corona- und Wirtschaftskrise für
 - a) die KMU und

Zuschüsse:

Mit dem Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2020 wurden für kleine und mittlere Unternehmen und Soloselbständige im Haushalt für das Jahr 2020 im Kapitel 6002 Titel 683 01 (Corona-Soforthilfen für kleine Unternehmen und Soloselbständige) Mittel in Höhe von 18 Mrd. Euro und im Kapitel 6002 Titel 683 02 (Corona-Überbrückungshilfe für kleine und mittelständische Unternehmen) Mittel in Höhe von 24,6 Mrd. Euro eingeplant (aus dem Kapitel 6002 Titel 683 02 wird neben den Überbrückungshilfen auch die Novemberhilfe finanziert, die nicht ausschließlich für KMU konzipiert ist).

Kredite:

Die von der Bundesregierung aufgelegten und über die KfW ausgereichten Corona-Sonderprogramme richten sich an kleine, mittlere und große Unternehmen. Die Bundesregierung hat für diese Programme keine Planwerte für kleine und mittlere versus Großunternehmen festgelegt.

- b) die Großunternehmen
eingeplant?

Wirtschaftsstabilisierungsfonds:

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) stellt Unternehmen der Realwirtschaft branchenübergreifend Hilfen zur Stärkung ihrer Kapitalbasis und zur Überwindung von Liquiditätsengpässen bereit. Er hat ein Gesamtvolumen von bis zu 600 Mrd. Euro. Dabei sind bis zu 400 Mrd. Euro für Garantien des Bundes und 100 Mrd. Euro für Rekapitalisierungen vorgesehen. Weitere 100 Mrd. Euro sind für die Refinanzierung des ebenfalls zur Krisenbewältigung eingesetzten KfW-Sonderprogramms vorgesehen. Die WSF-Instrumente greifen, wenn keine anderen wirtschaftlich tragfähigen Finanzierungsmöglichkeiten bestehen und keine Hilfsprogramme des Bundes bzw. der Länder anwendbar sind oder diese nicht ausreichen. Der WSF richtet sich an Unternehmen, die in den letzten beiden bilanziell abgeschlossenen Geschäftsjahren vor dem 1. Januar 2020 mindestens zwei der folgenden Kriterien erfüllen: mehr als 43 Mio. Euro Bilanzsumme, mehr als 50 Mio. Euro Umsatzerlöse und mehr als 249 Beschäftigte (im Jahresdurchschnitt). Im Einzelfall erhalten auch kleinere Unternehmen Zugang zum Fonds, sofern diese Unternehmen in einem der in § 55 der Außenwirtschaftsverordnung genannten Sektoren tätig oder von vergleichbarer Bedeutung für die Sicherheit oder die Wirtschaft sind. Die Interessenbekundungen im WSF verhalten sich entsprechend den zuvor genannten Zugangskriterien.

5. In welcher Höhe sind bisher die entsprechenden Mittel aus den Hilfsprogrammen des Bundes durch
 - a) KMU und

Zuschüsse:

Im Rahmen der Corona-Soforthilfen konnten Soloselbständige und kleine Unternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten Zuschüsse zur Überbrückung von akuten Liquiditätsengpässen beantragen, Unternehmen ab 11 Beschäftigte waren nicht antragsberechtigt. Mit Stand 30. November 2020 entfallen auf

kleinere und mittlere Unternehmen (mit bis zu 10 Beschäftigten) 1,24 Millionen bewilligte Anträge mit einem Volumen von 10,38 Mrd. Euro (ohne Soloselbständige) (Schätzung, da technisch bedingt nicht alle Länder Soloselbständige gesondert erfasst haben).

Im Rahmen der Corona-Überbrückungshilfe I waren kleine und mittlere Unternehmen und Soloselbständige antragsberechtigt. Mit Stand 30. November 2020 wurden von kleinen und mittleren Unternehmen insgesamt 81.110 Anträge mit einem Fördervolumen in Höhe von 1,3 Mrd. Euro gestellt (ohne Soloselbständige und Freiberufler). Hiervon wurden bisher 70.842 Anträge mit einem Fördervolumen in Höhe von 1,05 Mrd. Euro bewilligt oder teilbewilligt (aus technischen Gründen können keine Zahlen aus Baden-Württemberg verarbeitet werden, da Baden-Württemberg nicht am gemeinsamen digitalen Fachverfahren teilnimmt, sondern eine eigene Anwendung für die Antragsbearbeitung entwickelt hat).

Im Rahmen der Corona-Überbrückungshilfe II sind kleine und mittlere Unternehmen und Soloselbständige antragsberechtigt. Mit Stand 30. November 2020 wurden von kleinen und mittleren Unternehmen insgesamt 28.942 Anträge mit einem Fördervolumen in Höhe von 817 Mio. Euro gestellt (ohne Soloselbständige und Angehörige der Freiberufler). Der Bundesregierung liegen aktuell keine Daten zu den Bewilligungen im Programm der Überbrückungshilfe II vor.

Zu dem Programm Novemberhilfe liegen der Bundesregierung aktuell keine Daten zur Höhe der beantragten und/oder bewilligten Förderungen für kleine und mittlere Unternehmen vor.

Kredite:

Antrags- und Zusagezahlen in den KfW-Corona-Sonderprogrammen per 26. November 2020:

Anzahl Anträge	Antragsvolumen in Mio. Euro	Anzahl Zusagen	Zusagevolumen in Mio. Euro
96.188	24.268,7	91.621	22.186,2

b) Großunternehmen

beantragt und bewilligt bzw. ausgereicht worden?

Kredite:

Antrags- und Zusagezahlen in den KfW-Corona-Sonderprogrammen per 26. November 2020:

Anzahl Anträge	Antragsvolumen in Mio. Euro	Anzahl Zusagen	Zusagevolumen in Mio. Euro
3.099	32.149,3	2.527	21.492,3

Wirtschaftsstabilisierungsfonds:

Bislang haben fast 100 Unternehmen Interesse an Stabilisierungsmaßnahmen aus dem WSF bekundet, davon rund 75 Mittelständler (KfW-Definition: bis 500 Mio. Euro Jahresumsatz). Der WSF hat bislang sieben Maßnahmen im Volumen von gut 6,5 Mrd. Euro rechtsverbindlich beschlossen und vertraglich vereinbart. Weitere aktuelle Informationen können auf der Website der Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH unter <https://www.deutsche-finanzagentur.de/de/wirtschafts-stabilisierung/> abgerufen werden.

6. Hat die Bundesregierung den bisherigen Mittelabruf aus den Hilfsprogrammen des Bundes durch
 - a) KMU und
 - b) Großunternehmenbewertet, und wenn ja, wie?

Eine abschließende Beurteilung des Mittelabrufs ist erst nach Abschluss der Antragsverfahren und bei Vorliegen von Studien über den Mitteleinsatz und deren Wirksamkeit möglich. Eine aktuelle Auswertung des German Business Panels, einem langfristigen Befragungspanel eines überregionalen Sonderforschungsbereichs der DFG (www.gbpanel.org), unter 20.000 Unternehmen in Deutschland hat ergeben, dass ein großer Teil der befragten Unternehmen (39 Prozent) die staatliche Unterstützung als ausreichend ansieht. 20 Prozent antworteten, dass mehr Maßnahmen nötig seien. 29 Prozent wollten andere Maßnahmen. Während in der ersten Befragungswelle im Juli 2020 bis September 2020 mehr Kurzarbeitergeld (43 Prozent) und mehr Überbrückungshilfen (20 Prozent) gefordert wurden, standen bei der zweiten Befragungswelle im November 2020 die außerordentliche Wirtschaftshilfe an erster Stelle (41 Prozent) gefolgt vom Kurzarbeitergeld (37 Prozent). Eine Differenzierung nach Unternehmensgrößenklassen liegt zu dieser Frage nicht vor.

Anhand der Höhe des durchschnittlichen Mittelabrufs im Bereich der Zuschuss-, Kredit- und Bürgschaftsprogramme zeigt sich der deutlich höhere Bedarf der KMU, der auch den in Umfragen und Kontakten geäußerten Wünschen entspricht.

7. In welcher Höhe haben
 - a) KMU und
 - b) Großunternehmenbislang Kurzarbeitergelder in der Corona- und Wirtschaftskrise beantragt, und in welcher Höhe sind sie bewilligt worden und abgeflossen?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor. Aus den Systemen der Bundesagentur für Arbeit können die Gesamtausgaben für das Kurzarbeitergeld abgerufen werden, eine Differenzierung nach einzelnen Merkmalen ist nicht möglich.

8. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Kurzarbeitergelder und Hilfen des Bundes an Unternehmen, die Tochterfirmen in Steueroasen unterhalten, weiter Dividenden bzw. Boni ausschütten oder Stellen abbauen bzw. Stellenabbau planen (bitte nach Unternehmen aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Zahl der Kontakte mit Vertretern von Lobbyorganisationen der
 - a) KMU und
 - b) Großunternehmen seit 2010 (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung pflegen Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung den Informationsaustausch mit einer Vielzahl von Personen, zu denen auch Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden zählen. Eine

umfassende Dokumentation wird innerhalb der Bundesregierung nicht durchgeführt und wäre wegen datenschutzrechtlicher Vorgaben auch nicht möglich.

10. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die weitere Laufbahn ehemaliger Angehöriger der Bundesregierung bei
 - a) KMU und
 - b) Großunternehmen sowie ihren jeweiligen Lobbyorganisationen seit 2010 (bitte nach Jahren, Name und Parteizugehörigkeit aufschlüsseln)?

Soweit ehemalige Mitglieder der Bundesregierung angestrebte nachamtlichen Beschäftigungen gegenüber der Bundesregierung nach § 6a des Bundesministergesetzes angezeigt haben, sind die diesbezüglichen Entscheidungen der Bundesregierung im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie können dort eingesehen und inhaltlich ausgewertet werden. Die jetzige Tätigkeit ehemaliger Mitglieder der Bundesregierung lässt sich aus öffentlichen Quellen recherchieren, etwa im Internet. Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/14529, auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/23050 sowie auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/24499 verwiesen.

11. Wie und in welcher Höhe förderte die Bundesregierung KMU in strukturschwachen Regionen seit 2010 (bitte nach Jahren und Regionen aufschlüsseln)?

Prinzipiell stehen KMU auch in strukturschwachen Regionen alle flächendeckenden Förderprogramme der Bundesregierung offen. Detaillierte Auswertungen über alle Förderprogramme liegen der Bundesregierung in der erfragten Detailtiefe (für alle Jahre seit 2010 sowie nach Regionen aufgeschlüsselt) nicht vor.

Zusätzlich zu den flächendeckenden Förderprogrammen richtet der Bund im gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen mehr als 20 Förderprogramme insbesondere auch auf die Bedarfe von KMU in strukturschwachen Regionen aus. Diese Programme bieten spezielle Förderkonditionen für Vorhaben in strukturschwachen Regionen oder sind, wie die nachfolgend genannten Programme, allein auf diese Regionen ausgerichtet.

Im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)“ fördern Bund und Länder gemeinsam gewerbliche Investitionen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Der starke Fokus der GRW auf KMU schlägt sich deutlich in den Bewilligungszahlen nieder: Im Jahr 2019 entfielen 96 Prozent aller GRW-Förderungen im gewerblichen Bereich auf Projekte von KMU. Dies entspricht 88 Prozent aller GRW-Mittel (459 Mio. Euro). Eine detaillierte Auswertung der GRW-Förderung des Bundes nach Jahren und Regionen findet sich in Anlage 1.

Im Rahmen der Programmfamilie „Unternehmen Region“, mit der regionale Innovationsbündnisse in Ostdeutschland gefördert wurden, betragen die Zuwendungen an KMU im Jahr 2019 rund 32,6 Mio. Euro. Mit der neuen Programmfamilie „Innovation & Strukturwandel“ wurde die themenoffene Innovationsförderung auf alle strukturschwachen Regionen ausgeweitet. Nach Jahren und

Regionen differenzierte Aufstellungen zu beiden Programmfamilien enthalten Anlage 2 und 3.

Mit dem ERP-Regionalförderprogramm unterstützt die Bundesregierung Investitionen ausschließlich in strukturschwachen Regionen Deutschlands, den Regionalfördergebieten. Die Förderung geschieht in Form besonders zinsgünstiger Darlehen über die KfW. Antragsberechtigt sind ausschließlich KMU. Die Anzahl und das Volumen der im ERP-Regionalförderprogramm zugesagten Kredite ist in der in Anlage 4 beigefügten Tabelle nach Jahren und Ländern aufgeschlüsselt zu entnehmen.

12. Wie plant die Bundesregierung, die Rahmenbedingungen für die KMU in strukturschwachen Regionen zu verbessern?

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU in strukturschwachen Regionen trägt insbesondere eine gezielte Regionalpolitik bei: Am 1. Januar 2020 startete die Bundesregierung das gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen. Mehr als 20 Förderprogramme aus sechs Bundesressorts adressieren durch besondere Förderkonditionen verstärkt die Bedarfe insbesondere von KMU oder sind allein auf strukturschwache Regionen ausgerichtet.

13. Wie wirkt sich nach Ansicht der Bundesregierung der kommunale Investitionsstau auf die KMU aus, und welchen Handlungsbedarf sieht sie, bzw. was wird konkret getan, um diesen Umstand nachhaltig zu beenden?

Die jährlichen kommunalen Sachinvestitionen sind in den letzten Jahren stark angewachsen, in den Jahren von 2015 bis 2019 bundesweit um rund 10 Mrd. Euro, entsprechend einem durchschnittlichen Zuwachs von 8,8 Prozent p.a. Der Bausektor, als Hauptauftragnehmer, war in den letzten Jahren in Folge dieser Entwicklung bereits stark ausgelastet, KMU anderer Sektoren profitieren von der Entwicklung u. a. durch die kommunalen Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Neben der insgesamt sehr positiven Entwicklung der kommunalen Finanzsituation in den Jahren bis 2019 liegt ein weiterer Grund für den starken Anstieg der kommunalen Investitionstätigkeit in den letzten Jahren in der verstärkten Förderung durch Bundesfinanzhilfen. So fördert der Bund beispielsweise im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes Investitionen finanzschwacher Kommunen in die Infrastruktur und in Schulsanierungen mit insgesamt 7 Mrd. Euro.

Um die kommunalen Haushalte während der Krise zu entlasten und auch in den kommenden Jahren stetige kommunale Investitionen zu ermöglichen, hat die Bundesregierung im Rahmen des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaketes zudem weitreichende Stärkungen der kommunalen Finanzlage auf den Weg gebracht. Hierzu gehört insbesondere der hälftig mit den jeweiligen Ländern finanzierte pauschale Ausgleich der gemeindlichen Gewerbesteuerausfälle im Jahr 2020 in Höhe von rund 11,8 Mrd. Euro sowie die dauerhafte Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Ausgaben für die Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung um weitere 25 Prozentpunkte in einem Umfang von jährlich rund 4 Mrd. Euro ab 2020. Diese Maßnahmen tragen wesentlich dazu bei, dass nach derzeitigen Prognosen auch für 2020 ein Zuwachs bei den kommunalen Sachinvestitionen erwartet wird.

Unbenommen der massiven kommunalen Entlastungen durch den Bund sind im zweistufigen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland die Länder für eine aufgabengerechte Finanzausstattung ihrer Kommunen zuständig, auch in Bezug auf die kommunale Investitionstätigkeit.

14. Welche Definition kleiner und mittlerer Unternehmen in Abgrenzung zu Großunternehmen wendet die Bundesregierung in ihrer Antwort auf diese Kleine Anfrage an?

Entsprechend den EU-Beihilfavorschriften sind etliche Beihilfearten, die Wachstum und andere politische Ziele fördern, zulässig. Sie beinhalten etwa regionale Beihilfen für benachteiligte Regionen und Beihilfen für diverse „horizontale“ Zwecke, z. B. für Forschung, Entwicklung und Innovation sowie KMU.

Sofern es beim primären Beihilfezweck um Beihilfen für KMU geht, ist Grundlage der Einordnung eines Unternehmens als KMU die Empfehlung 2003/361/EG der EU-Kommission. Bei der Berechnung der Mitarbeiterzahlen und der finanziellen Schwellenwerte sind die Verflechtungen mit anderen Unternehmen zu berücksichtigen. Sofern es um die Verfolgung anderer primärer Ziele geht, können abweichende Definitionen angewandt werden.

15. Wie viele Hilfs-Anträge (in Prozent und absolut) entfallen auf Soloselbstständige, auf Unternehmen mit ≥ 5 Beschäftigten, mit ≥ 10 Beschäftigten bzw. mit ≥ 50 Beschäftigten?

Zuschüsse:

Stand der bewilligten Anträge für die Corona-Soforthilfe:

Soforthilfe	Corona-Soforthilfe (Stand 31.10.2020)
	Anzahl bewilligter Anträge (prozentual) *
Anträge gesamt	1.783.454
Anträge Soloselbständige	546.925 (30,67 %)
Anträge Unternehmen bis 5 Beschäftigte (vollzeitäquivalent)	1.066.227 (59,78 %)
Anträge Unternehmen 6–10 Beschäftigte (vollzeitäquivalent)	170.302 (9,55 %)
Anträge Unternehmen 10–50 Beschäftigte (vollzeitäquivalent)	nicht antragsberechtigt
Anträge Unternehmen über 50 Beschäftigte (vollzeitäquivalent)	nicht antragsberechtigt

* Da die Antragszahlen nicht aus allen Ländern vorliegen, sind für Corona-Soforthilfen nur die Antragszahlen der bewilligten Anträge genannt.

Zum Programm Überbrückungshilfe I können aktuell folgende Unterteilungen im Reporting abgebildet werden. Die Angaben beruhen auf der Selbstauskunft der Antragstellerinnen und Antragsteller im Antragsverfahren:

Überbrückungshilfe I – Anzahl Beschäftigte **				
Anzahl Beschäftigte	Anträge absolut	Anträge prozentual	Anträge (teil-) bewilligt absolut	Anträge (teil-) bewilligt prozentual
<10 Beschäftigte	105.256	86,56	91.931	86,74
<50 Beschäftigte	14.348	11,80	12.361	11,66
>50 Beschäftigte	1.995	1,64	1.694	1,60
gesamt	121.599	100,00	105.986	100,00

** Aus technischen Gründen können keine Zahlen aus Baden-Württemberg verarbeitet werden, da Baden-Württemberg nicht am gemeinsamen digitalen Fachverfahren teilnimmt, sondern eine eigene Anwendung für die Antragsbearbeitung entwickelt hat.

Überbrückungshilfe I – Unternehmensform **				
	Anträge absolut	Anträge prozentual	Anträge (teil-) bewilligt absolut	Anträge (teil-) bewilligt prozentual
Solo-selbstständige	30.280	24,90	26.295	24,81
Freiberufler	10.209	8,40	8.849	8,35
andere Unternehmensformen	81.110	66,70	70.842	66,84
gesamt	121.599	100,00	105.986	100,00

** Aus technischen Gründen können keine Zahlen aus Baden-Württemberg verarbeitet werden, da Baden-Württemberg nicht am gemeinsamen digitalen Fachverfahren teilnimmt, sondern eine eigene Anwendung für die Antragsbearbeitung entwickelt hat.

Seit 21. Oktober 2020 können Anträge für die zweite Phase der Corona-Überbrückungshilfe (Überbrückungshilfe II) für den Zeitraum September 2020 bis Dezember 2020 gestellt werden. Mit Stand 30. November 2020 sind 42.030 Anträge eingegangen. Die Angaben beruhen auf der Selbstauskunft der Antragstellerinnen und Antragsteller im Antragsverfahren:

Überbrückungshilfe II – Anzahl Beschäftigte		
Anzahl Beschäftigte	Anträge absolut	Anträge prozentual
0 Beschäftigte	1.998	4,75
<5 Beschäftigte	29.595	70,42
<10 Beschäftigte	4.618	10,99
<50 Beschäftigte	5.121	12,18
>50 Beschäftigte	698	1,66
gesamt	42.030	100,00

Überbrückungshilfe II – Unternehmensform		
	Anträge absolut	Anträge prozentual
Soloselbstständige	10.627	25,28
Freiberufler	2.461	5,86
andere Unternehmensformen	28.942	68,86
gesamt	42.030	100,00

Mit Stand 15. Dezember 2020 sind von 61.010 Anträgen mit einem Förder volumen von 1,187 Mrd. Euro 28.622 Fälle ausgezahlt worden, und 19 Fälle befinden sich in der Teilauszahlung. Die ausgezahlte Fördersumme beträgt 536.498.297,52 Euro (aus technischen Gründen können keine Zahlen aus dem Bundesland Baden-Württemberg verarbeitet werden, da Baden-Württemberg nicht am gemeinsamen digitalen Fachverfahren teilnimmt, sondern eine eigene Anwendung für die Antragsbearbeitung entwickelt hat).

Seit 25. November 2020 können Anträge für die Novemberhilfe gestellt werden. Das Programm ist nicht ausschließlich für kleine und mittlere Unternehmen konzipiert. Mit Stand 30. November 2020 sind 54.643 Anträge eingegangen. Davon wurden 20.763 Anträge (38 Prozent) als Direktanträge von Soloselbstständigen mit beschleunigtem Auszahlverfahren gestellt. Die übrigen 33.880 Anträge wurden von überprüfenden Dritten eingereicht. Darunter befinden sich ebenfalls Anträge, die für Soloselbstständige gestellt wurden. Der Bundesregierung liegen aktuell keine weiteren detaillierten Angaben zu den Anträgen und Bewilligungen im Programm vor.

Kredite:

Der Bundesregierung liegen keine Daten zur Differenzierung der Unternehmen hinsichtlich deren Beschäftigtenzahl in den KfW-Corona Sonderprogrammen vor.

Wirtschaftsstabilisierungsfonds:

Für den WSF wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

16. Mit welcher Begründung hat sich die Bundesregierung dazu entschieden, die Mittel durch Dritte (Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte) und nicht direkt durch die hilfebedürftigen Unternehmen beantragen zu lassen?
17. Auf welcher Faktengrundlage hat die Bundesregierung entschieden, die Hürde der Beantragung durch Dritte einzuführen, und stand dies möglicherweise in Zusammenhang mit missbräuchlichen Antragstellungen?
18. Hat die Bundesregierung Alternativen zur Beantragung der Mittel durch Dritte prüfen lassen, um einen möglichen Missbrauch bei den Hilfen vorzubeugen?

Die Fragen 16 bis 18 werden gemeinsam beantwortet.

Die zur Bewältigung von coronabedingten Liquiditätsengpässen bereitgestellten Soforthilfen des Bundes konnten vom Antragsberechtigten selbst beantragt werden. In der Regel wurde aufgrund des im Antrag vom Unternehmen dargelegten Liquiditätsengpasses die Soforthilfe unter dem Vorbehalt der nachträglichen Überprüfung und ggf. Rückforderung bei Überkompensation bewilligt.

Das Antragsverfahren bei den Überbrückungshilfen sieht die Einschaltung eines sogenannten prüfenden Dritten vor. Dies ermöglicht eine zielgenaue und weitgehend missbrauchsfreie, aber gleichzeitig unbürokratische Vergabe der nicht unerheblichen öffentlichen Mittel. Der prüfende Dritte unterstützt den Antragsteller bei der Ermittlung der für die Beantragung erforderlichen Angaben u. a. zu Umsatzrückgängen und Fixkosten. Darüber hinaus berät er den Antragsteller bei Fragen zu Antragsvoraussetzungen und zum Antragsverfahren. Die Kosten, die dem Antragsteller durch die Einbindung eines prüfenden Dritten entstehen, sind im Rahmen der Überbrückungshilfen förderfähig.

Bei der Novemberhilfe ist dem Grunde nach eine Antragstellung über einen prüfenden Dritten, wie auch durch den Antragsteller selbst möglich. Die eigenständige Antragstellung ist allerdings nur für Soloselbstständige möglich, sofern sie bisher keinen Antrag auf Überbrückungshilfe gestellt haben und die zu gewährende Novemberhilfe 5.000 Euro nicht übersteigt. Um in diesen Fällen den Soloselbstständigen zu authentifizieren, ist die Verwendung des in der Steuerverwaltung verwendeten ELSTER-Zertifikats vorgesehen. Dies gewährleistet, dass die Novemberhilfe unmittelbar beim Berechtigten ankommt und verringert eine mögliche Missbrauchsgefahr. Soloselbstständigen steht damit ein Weg offen, die Novemberhilfen ohne zusätzliche Kosten beantragen zu können.

19. Unter welchen Umständen könnte es aus Sicht der Bundesregierung möglich sein, dass die Unternehmen die Mittel direkt bei den zuständigen Behörden der Länder beantragen, zum Beispiel indem durch einen Abgleich der Eckdaten des beantragenden Unternehmens mit Daten aus dem Handelsregister und mit Angaben zu Umsatz und Gewinn von Steuerbehörden einem Missbrauch vorgebeugt werden könnte?

Die Umsetzung von Überbrückungshilfe und Novemberhilfe erfolgte in enger Abstimmung mit den Ländern. Bund und Länder haben sich gemeinsam für die Antragstellung über einen prüfenden Dritten entschieden, um das Antrags- und Bewilligungsverfahren möglichst schlank und unbürokratisch zu gestalten, damit den Betroffenen schnell geholfen werden kann. Darüber hinaus ist im Antragsverfahren über einen prüfenden Dritten eine zielgenaue Plausibilitätsprüfung, auch um Missbrauch vorzubeugen, gewährleistet. Erfolgt im Rahmen der Novemberhilfe eine Direktbeantragung (Soloselbstständige) werden bestimmte personenbezogene Daten von der Finanzverwaltung für das Antragsverfahren zur Verfügung gestellt. Es erfolgt auf diesem Wege somit eine Authentifizierung des Antragstellers. Um außerdem eine zielgenaue Gewährung der Novemberhilfen sicherzustellen, sind im Nachgang auch automationsgestützte Plausibilitätsprüfungen vorgesehen.

Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

gewerbliche Wirtschaft: Bewilligungsbescheide seit 2010

KMU ¹⁾: bewilligte GRW-Mittel in Euro nach Jahren und Kreisen

Kreis	Jahr 2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Altenerburger Land	3.016.579	7.329.020	0	2.619.800	3.687.382	3.511.600	446.000	2.795.818	318.000	1.840.067	1.799.612
Altmarkkreis Salzwedel	1.226.623	881.788	2.533.084	130.000	5.802.370	1.235.300	41.239	868.720	193.800	71.785	
Amberg		43.000		190.000							
Amberg-Weizsach	428.500	97.900	691.200	166.200	2.209.532	2.972.382	2.316.983	12.241.184	1.700.229	244.094	154.330
Ammerland	577.020	5.178.090	6.743.903	8.848.269	917.640	442.550	366.000	728.074	2.001.800	1.291.890	
Anhalt-Bitterfeld	1.921.939	5.294.074	432.300	743.800	381.749	1.083.900	1.394.530	559.470	1.322.110	921.180	39.740
Aurich	75.300	334.300	483.500	517.250	95.020	4.491.600	1.595.500	7.633.500	6.526.800	6.347.700	7.211.400
Bad Kreuznach	4.867.600	5.039.000	3.765.200	6.242.400	5.653.500	4.479.500	7.616.200	17.222.300	6.177.400	7.035.100	8.898.660
Barnim	8.332.160	18.949.849	8.602.305	11.830.400	5.786.800	4.479.500	7.616.200	17.222.300	6.177.400	7.035.100	8.898.660
Bautzen	62.000	50.500									
Bayreuth	14.997.050	16.858.768	22.125.738	55.836.927	32.615.104	41.615.050	38.564.448	64.294.890	65.151.670	97.481.800	27.133.730
Berlin, Stadt	1.686.553	91.054	932.125	1.713.449	540.307	96.887	2.040.000	200.000	572.840	395.182	1.480.380
Bielefeld, Stadt	881.760	318.800	1.045.760	418.270	917.640	917.640	20.000	349.000	1.247.300	12.700	
Birkenfeld	233.002	262.400	390.471	736.439	381.749	1.648.789	1.142.505	1.157.808	4.383.815	8.382.956	1.250.202
Bochum, Stadt	2.070.010	7.484.048	2.981.158	5.532.685	3.245.742	6.391.650	1.877.665	689.561	6.467.925	121.946	150.000
Börde	51.800	380.792	120.000	358.734	960.970	608.983	183.465		254.076		300.000
Botrop, Stadt	8.540.200	1.000.900	2.261.100	1.886.400	6.120.200	1.464.200	626.700	4.354.600	530.300	907.300	10.284.700
Brandenburg an der Havel, Stadt	503.862	330.000	149.500	281.350	1.133.400						
Braunschweig, Stadt	337.500	1.079.369	735.000	132.500	992.000	1.527.486	3.262.773	2.363.672	1.684.490	8.262.289	210.000
Bremen, Stadt	8.098.820	4.968.801	3.971.253	13.397	605.000	8.000	160.000	1.590.131	442.258	2.714.300	890.700
Bremerhaven, Stadt	331.498	583.200	1.494.900	655.350	2.478.394	1.090.868	1.969.079	810.309	1.012.410	2.214.073	331.200
Burglandkreis	4.107.502	3.381.020	675.000	3.720.212	872.700	125.200	150.000	1.467.120	381.146	1.357.000	314.900
Celle	7.359.690	11.217.869	5.325.391	3.313.800	469.000	1.059.799	5.367.551	3.153.800	3.206.480	2.726.000	3.528.000
Chemnitz, Stadt	1.409.302	403.000	1.004.550	2.134.650	12.026.849	3.150.200	6.038.200	17.379.300	2.870.630	4.022.200	4.361.500
Cloppenburg	17.000	139.452	558.500		1.494.900						
Coburg											
Cochem-Zell	1.023.300	256.100	1.897.500	605.400	1.410.000	819.810	1.468.680	1.571.100	536.000	2.035.350	177.120
Cottbus, Stadt	499.463	1.575.100	1.587.200	191.247	701.000	1.141.000	999.800	799.000	3.925.700	566.000	1.211.700
Cuxhaven	13.434.700	2.008.200	4.386.000	6.618.900	241.300	199.000	1.833.968	2.688.348	1.836.142	200.000	
Dahme-Spreewald					330.000	4.120.400	4.323.300	3.217.900	617.600	2.733.982	6.329.100
Delmenhorst, Stadt	214.607	476.602	1.618.978	278.827	194.490	1.729.700	1.442.430	578.748	992.398	6.202.224	858.000
Dessau-Roßlau, Stadt	309.780	1.005.519	1.906.700		636.575	3.652.575	851.975	3.337.636	92.878	562.200	436.250
Dithmarschen	742.490	1.229.800		53.800	542.320	1.761.150	335.200	449.010	281.840	69.000	
Donnersbergkreis	5.264.083	2.322.237	3.570.210	1.946.590	1.235.321	2.824.163	1.779.126	4.385.100	1.473.380	356.000	1.424.252
Dortmund, Stadt	14.182.877	14.241.278	9.341.213	15.589.800	8.517.982	9.529.715	9.445.252	15.843.000	7.726.400	9.103.900	5.729.900
Dresden, Stadt											

Kreis	Jahr 2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Duisburg, Stadt	4.424.416	308.000	364.623	902.500	573.223	6.094.750	5.004.565	407.500	394.820	2.292.233	701.254
Eichsfeld	4.000.053	2.722.376	50	1.984.582	1.600.000	420.000	482.827	950.709	2.100.000	1.363.400	1.363.400
Eisenach, Stadt	655.425	137.321	2.456.429	1.622.400	1.305.500	2.986.600	1.710.700	262.500	1.029.647	149.910	1.659.800
Elbe-Elster	9.820.400	707.500	1.177.000	374.500	1.219.100	2.350.450	9.928.070	11.732.033	805.700	824.400	1.659.800
Emden, Stadt	1.174.761	354.600	1.663.300	21.365.600	7.151.000	303.840	320.340	120.000	400.000	297.200	5.128.941
Erfurt, Stadt	973.718	645.002	8.420.832	21.365.600	7.151.000	12.517.200	16.438.908	32.415.997	8.740.828	13.717.600	4.798.100
Erzgebirgskreis	11.668.357	18.125.286	8.420.832	21.365.600	7.151.000	12.517.200	16.438.908	32.415.997	8.740.828	13.717.600	4.798.100
Essen, Stadt		140.000			299.565	303.840	320.340	120.000	520.492	876.225	574.636
Flensburg, Stadt	37.100	1.276.400	608.800	4.132.100	1.306.298	1.157.737	5.078.906	693.180	130.000	646.300	833.300
Frankfurt (Oder), Stadt	2.203.394	2.624.234	206.574	1.502.503	13.603.400	135.700	718.000	255.200	405.500	646.300	833.300
Freyung-Grafenau	2.325.840	607.400	90.000	1.502.503	1.798.686	4.393.062	6.100.770	5.788.000	12.132.538	5.419.382	6.514.500
Friesland	1.613.400	759.000	445.300	620.500	611.700	2.110.000	750.361	440.134	5.598.104	220.000	354.000
Fulda	1.613.400	759.000	445.300	620.500	1.247.600	107.737	1.726.500	689.542	3.211.292	161.864	4.988.499
Gelsenkirchen, Stadt	1.306.942	919.138	145.945	762.000	264.450	107.737	1.726.500	689.542	3.211.292	161.864	4.988.499
Gera, Stadt	1.493.728	2.973.568	56.055	98.613	690.700	910.700	216.965	913.300	1.752.050	1.672.000	1.672.000
Gießen	245.000	1.168.500			332.800	910.700	2.643.800	70.000	254.000	558.000	
Gifhorn	417.500	240.000	380.100								
Görlitz	8.242.949	5.508.957	4.485.166	4.446.100	2.185.700	6.918.100	13.782.400	5.800.000	27.718.300	12.389.200	10.877.100
Goslar	3.199.972	1.000.000	2.806.636	275.100	1.315.300	172.200	4.071.675	4.919.395	7.346.742	2.199.725	1.441.525
Gotha	6.174.381	3.050.027	2.229.800	3.336.144	215.783	1.864.532	2.817.134	4.047.744	5.473.542	2.885.693	2.217.073
Göttingen	3.471.316	897.500	283.550	91.100	1.462.650	977.400	2.473.135	1.697.852	3.741.231	8.683.197	1.056.557
Grafschaft Bentheim	848.248	469.500	1.347.300	1.697.700	1.071.900						
Greiz	2.313.184	1.255.897	0			216.000	1.285.710	570.000	3.688.710	3.981.516	3.176.742
Hagen, Stadt der FernUniversität	539.772	488.000	1.317.665	815.200	1.167.316	903.173	1.820.990	1.419.025	187.500	71.820	608.759
Halle (Saale), Stadt	4.072.217	1.562.515	621.232	211.213	1.771.166	682.500	306.804	868.944	995.566	15.962	
Hamelin-Pyrmont	1.020.437	544.800	234.850	1.781.700	1.942.900	285.350	462.600	135.000	4.577.800	397.449	844.000
Hamm, Stadt	776.929	1.018.057	502.123	118.600	30.000	530.225	128.829	1.649.711	81.000	310.535	
Harz	3.484.799	18.100.167	6.759.006	3.356.805	10.362.728	1.774.336	8.274.295	1.784.419	2.131.779	964.719	217.970
Havelland	7.622.950	8.393.000	2.284.550	3.059.700	2.369.140	3.234.200	11.281.900	11.347.900	6.911.500	9.307.200	962.100
Heidekreis	255.408	91.200	463.250	434.100	43.400	1.818.400	5.660.930	1.009.120	2.203.003	2.824.108	5.450.000
Heinsberg	1.368.169	1.089.723	881.270	582.474	120.000	750.874	450.000	1.627.672	453.667	794.495	2.315.129
Helmsstedt	389.100		280.425				119.388	137.500	1.800.000		
Herford	4.737.900	818.737	2.004.284	2.506.340	2.162.518	1.199.667	649.578	1.587.166	1.310.469	1.789.550	1.131.035
Herne, Stadt	612.808	800.000		381.250	244.417		127.960				
Hersfeld-Rotenburg	585.400	100.100	459.700	124.000	1.150.000						
Herzogtum Lauenburg	2.168.183	1.024.000				254.400	1.741.907	496.937	506.900	921.000	700.000
Hildburghausen	1.626.550	1.271.587	389.240	0	167.500	1.389.051	482.100	2.088.380	1.668.972	3.671.798	212.337
Hildesheim					588.700	1.150.300	1.004.300	255.030	997.805	1.316.487	130.400
Hof	1.686.600	1.235.250	774.609	1.493.500	715.402	715.279	2.529.196	778.000	3.733.750	2.690.414	2.875.000
Holzminde	314.750	350.000				267.500	298.350	2.937.506	316.290	99.234	2.132.500
Höxter	1.389.626	120.000	954.038	508.406	706.435	552.000	220.000	666.194	984.500	442.162	670.000
Ilm-Kreis	1.550.559	3.209.796	847.576	1.195.856	442.500	3.488.178	2.098.538	10.741.940	22.669.696	2.804.165	5.229.810
Jena, Stadt	3.686.250	3.466.442	4.293.241	457.893	258.975	4.013.807	5.346.294	4.774.574	1.835.034	12.646.366	4.267.153
Jerchow Land	2.223.739	3.140.248	7.407.759	298.965	1.013.543	3.319.600	4.680.605	757.780	926.140	197.400	249.900
Kaiserslautern	567.286	436.663		1.999.453		969.270	2.319.420		94.500		554.520

Kreis	Jahre 2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Kaiserslautern, kreisfreie Stadt	100.000	2.066.106	80.000	602.910	1.939.170	2.976.280	4.852.650	1.433.120	4.054.000	1.263.000	
Kassel	423.700	327.800	437.800	210.800	244.800						
Kassel, documenta-Stadt	1.180.200	1.386.200	528.600	515.000	187.000						
Kiel, Landeshauptstadt	3.011.182	70.000			9.146.204	1.138.906	1.685.646	507.720	285.000	375.000	
Krefeld, Stadt							100.000	200.000	53.975	483.313	
Kronach	982.465	355.750	285.000		1.200.000						
Kulmbach	682.000		1.330.500	210.000	747.000						
Kusel	749.898			88.600							
Kyffhäuserkreis	1.035.654	387.600		1.683.005			993.972	1.228.435	319.080	565.103	1.549.075
Landkreis Rostock	11.633.613	2.949.669	8.591.940	3.659.791	4.712.443	1.881.476	7.003.544	2.377.252	3.706.026	1.606.441	3.929.553
Leer	728.457	142.500	1.000.000	2.701.900	1.093.600	3.293.200	342.792	251.000	440.600	469.400	
Leipzig	18.187.921	3.096.749	1.523.000	2.838.430	5.405.500	3.093.365	2.857.000	1.310.800	4.616.511	4.098.400	3.540.300
Leipzig, Stadt	26.195.662	3.112.900	2.152.600	9.714.305	2.596.832	3.674.700	7.182.500	3.511.700	4.542.300	7.558.800	6.035.300
Lichtenfels	507.950	807.500		23.000							
Lippe	2.516.788	1.196.282	1.181.059	502.980	1.256.235	1.269.243	599.000	1.883.117	3.149.795	1.546.070	1.216.040
Lübeck, Hansestadt	91.200	1.785.440	550.729	37.000	490.000	6.345.100	776.350	419.000		1.032.500	317.840
Lüchow-Dannenberg	2.651.385	1.040.900		2.000.000	1.275.000			299.646	3.499.325	464.250	
Ludwigslust-Parochim	6.490.669	11.876.431	10.181.141	12.213.098	7.111.507	1.689.847	3.835.285	2.845.645	4.458.096	2.618.082	1.038.079
Lüneburg	1.031.377	2.364.400	2.900.100	373.500	50.400	782.500	731.737	3.259.875	2.324.166	13.249	
Magdeburg, Landeshauptstadt	4.872.515	4.038.907	8.352.232	557.486	1.255.655	1.585.175	867.011	1.253.733	255.972	604.501	103.000
Mansfeld-Südharz	3.819.249	635.566	867.526	2.272.049	3.151.600	1.488.371	1.488.371	1.510.125	458.840	128.375	
Märkisch-Oderland	1.896.612	4.747.600	3.310.800	7.124.000	2.484.200	1.604.000	3.519.200	6.243.300	4.624.900	5.120.000	5.589.200
Mecklenburgische Seenplatte	7.168.766	2.830.071	4.745.650	3.462.947	6.511.520	1.950.183	2.432.222	1.638.517	1.638.517	5.373.657	7.578.109
Meißen	10.155.447	10.988.255	9.229.625	9.308.831	7.234.400	4.861.100	4.969.900	14.862.700	2.773.700	4.616.300	5.916.000
Mittelsachsen	12.104.616	9.676.270	11.589.349	23.750.041	5.159.600	11.002.000	5.590.400	20.248.600	5.493.400	5.001.633	6.494.700
Mönchengladbach, Stadt	455.555	159.837	262.161	810.369	639.027	1.001.103	2.072.402	260.000	3.671.064	2.522.812	4.084.550
Mülheim an der Ruhr, Stadt								160.000			100.000
Neumünster, Stadt	676.000						70.000	2.314.500		448.918	280.500
Neunkirchen	112.500	196.000	360.000	630.000	1.256.250	1.855.650	1.071.000	2.234.000	3.027.425	805.500	1.135.152
Neustadt a.d. Waldnaab	2.968.831	968.000	875.000	1.172.000	380.000	313.520	4.190.116	3.473.884	4.490.831	2.670.108	3.446.000
Nienburg (Weser)	35.600			131.800			216.000	50.000		2.283.230	
Nordfriesland	4.252.054	705.234	857.689	525.000	1.548.057	2.753.481	5.603.309	2.686.800	1.448.130	870.000	809.370
Nordhausen	1.764.098	5.023.075	6.990.905			110.000	4.308.130	480.048	664.923	3.717.070	1.948.209
Nordsachsen	7.350.562	2.490.900	419.900	1.385.900	1.103.200	395.000	1.086.152	921.900	3.363.700	1.114.200	2.241.600
Nordwestmecklenburg	10.096.265	4.894.710	4.299.041	6.135.300	11.392.763	974.629	3.032.091	1.483.282	797.224	1.465.570	1.524.078
Northeim	121.658		212.400	315.500	2.015.800	304.700	415.752	444.135	922.554	2.013.804	295.000
Oberhausen, Stadt						288.000	329.200	305.000	313.055	404.562	350.000
Oberhavel	4.856.500	13.616.400	5.204.250	8.705.800	2.879.400	1.441.900	2.549.400	8.692.100	5.534.600	7.571.500	2.072.900
Oberspreewald-Lausitz	14.234.225	1.971.900	2.197.900	5.693.600	2.022.100	1.433.300	1.879.100	8.802.700	1.952.500	12.499.600	816.900
Oder-Spree	6.262.075	11.691.650	8.548.600	7.006.900	14.225.200	2.634.400	4.432.300	5.635.000	5.546.800	4.912.100	1.095.200
Oldenburg	817.321	63.000	140.100	254.000	358.900	335.200	3.408.430	449.810	1.220.388	2.056.805	
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	524.802	464.900	72.000	124.600	298.800	1.134.850	426.050	352.000	758.775	128.400	468.163
Osterholz											
Ostholstein	753.205	523.524	3.946.914	25.000	10.259.404	305.000	2.188.011	613.506	44.680	3.705	567.834
Ostprignitz-Ruppin	1.439.600	9.568.200	4.210.175	14.024.900	3.051.700	2.714.000	5.560.300	3.563.400	1.806.600	4.196.000	1.435.600

Kreis	Jahre	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Passau		2.214.600	1.355.000	1.434.595	6.322.110	1.573.000						
Peine		51.600			75.000				87.500			
Pinneberg		950.000	463.970	1.203.360		1.389.460		2.043.580	495.690	701.010	6.006.850	320.760
Pirmasens, kreisfreie Stadt		661.623	131.289			275.000	60.000	500.000	210.463	1.539.500		
Plön		10.081.025	2.444.500	835.400	3.882.500	3.590.400	1.744.800	3.321.800	4.185.250	1.380.200	2.625.800	864.400
Potsdam, Stadt		17.511.700	5.585.500	7.730.100	6.213.500	3.303.600	4.774.500	5.997.300	8.577.400	1.668.700	3.620.300	2.424.200
Potsdam-Mittelmark		5.494.800	9.400.501	7.084.200	9.904.800	10.040.300	2.367.000	3.319.332	9.192.700	3.755.100	1.939.500	1.696.400
Prignitz		1.709.429	8.410.068	1.602.427	1.282.590	1.761.913	1.921.436	1.776.551	3.068.627	3.068.627	1.437.901	3.836.836
Recklinghausen		696.456	1.030.991	895.000	1.982.300	4.034.858	4.548.560	5.093.583	9.795.637	4.278.786	10.139.356	3.652.000
Regen		284.925	660.000	59.250		1.150.313	830.880	1.836.842	3.303.500	2.527.652	1.204.978	1.577.659
Regionalverband Saarbrücken						1.206.710	398.781	729.990	807.586	1.452.720	400.000	150.000
Remscheid, Stadt		1.449.547	53.898	246.954	934.945	245.000	113.540	1.632.010	1.725.818	2.483.494	1.280.924	133.195
Rendsburg-Eckernförde		6.095.700	4.772.900	7.867.500	3.073.400	17.954.900	535.545	5.054.906	1.300.927	1.054.990	3.223.482	1.290.527
Rostock						166.000						
Rotenburg (Wümme)		1.081.000	1.034.859	440.000	80.000		86.400	4.604.917	8.013.926	2.791.999	4.294.654	5.013.085
Rottal-Inn		1.074.413	1.736.156	194.718	0	2.761.950	967.650	630.175	12.091.302	4.918.310	439.452	246.850
Saale-Holzland-Kreis		12.685.615	1.958.088	2.465.616	318.420	231.952	700.000	2.359.300	818.438	4.164.657	2.477.087	1.119.939
Saalekreis		2.601.479	2.340.922	624.964	463.250	728.000	6.277.900	6.096.891	6.439.254	6.729.942	3.895.360	1.183.801
Saale-Orla-Kreis		2.640.303	1.891.754	0		1.997.837	2.111.000	12.459.850	2.898.800	3.671.809	6.790.907	8.702.866
Saalfeld-Rudolstadt		120.000	681.900	3.473.000	688.056	762.000	6.331.500	5.615.600	24.240.003	8.066.700	8.359.900	5.891.200
Saarouis		11.382.735	6.532.787	11.882.607	11.084.300	4.367.323	2.773.716	1.257.273	2.775.109	1.275.275	348.233	46.200
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge		1.729.850	4.257.004	8.480.395	1.498.173	2.876.679	1.350.000	1.167.650	1.139.900	954.000	200.000	8.078.000
Saizlandkreis		264.841	184.100	269.700	525.000	119.994	1.079.435	1.089.061	1.768.657	1.518.402	1.937.515	696.250
Schaumburg		1.173.077	5.623.715	1.284.631	629.750	1.183.301	2.032.520	2.766.259	14.772.107	23.535.700	4.357.723	3.899.441
Schleswig-Flensburg		3.596.448	9.259.626	2.118.830	684.100	1.917.300	461.424	684.640	5.654.065	625.000	1.633.000	1.490.589
Schmalkalden-Meiningen		966.400	487.200	168.000	387.581	1.917.300	1.178.648	2.744.246	5.680.600	1.110.273	1.171.339	180.449
Schwandorf		5.261.174	1.449.000	3.987.500	4.992.900	202.162	844.256	482.500	1.563.977	1.563.977	3.292.253	652.395
Schwerin		3.666.850	2.583.000						4.878.000	707.917	933.805	1.567.932
Söllingen, Klingenstadt		1.665.878	1.001.400						1.787.512	2.231.864	3.658.440	212.901
Sömmerda		6.863.825	3.540.162	350.000	0	280.000	1.449.782	3.833.436	1.787.512	2.231.864	3.658.440	212.901
Sonneberg		18.565.000	2.935.200	3.134.100	2.774.000	634.700	26.465.200	3.182.100	2.178.800	2.376.700	9.004.100	4.015.100
Spree-Neiße						181.562	1.315.093	2.230.546	4.199.721	3.819.012	6.931.331	1.571.093
Städteregion Aachen						250.592	2.406.267	515.710	993.000	661.067	265.000	455.960
Steinburg		267.109	1.295.710	1.008.600	3.756.534	749.874	385.410	621.260	3.145.236	301.888	8.431	264.360
Stendal		1.182.891	2.278.274	1.525.040	653.310	850.080	1.197.030	963.090	5.889.030	1.680.380	2.374.220	264.360
Südwestpfalz		1.551.364	887.598	228.000	6.148		644.000	105.000	968.500	421.852	624.900	1.046.569
Suhl, Stadt		403.877	322.379	765.131					5.134.000	3.086.700	4.095.002	7.235.500
Tellow-Fläming		14.914.350	6.020.400	3.585.200	4.767.700	4.641.400	2.580.500	4.156.400	5.134.000	3.086.700	4.095.002	7.235.500
Tirschenreuth		2.734.997	634.273	145.000	2.476.500	280.000	712.000	904.500	3.214.369	2.813.500	1.410.000	833.000
Uckermark		1.476.900	4.607.200	1.578.565	4.384.000	5.307.900	2.455.100	2.030.400	3.303.700	1.357.800	5.300.000	3.729.900
Uelzen		5.350.124	99.900	785.800	1.067.100	1.469.000	725.000	1.023.308	3.004.230	683.250	7.160.541	13.758.000
Unna		10.645.064	4.280.518	4.100.802	1.679.300	2.138.998	2.027.200	2.085.000	1.988.042	924.203	4.380.103	1.205.254
Unstrut-Hainich-Kreis		724.175	1.280.347	5.816.549	512.024	1.027.942	1.272.600	303.300	1.604.943	1.045.320	496.687	761.938
Viersen							720.000	125.000	80.000			

Kreis	Jahre	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Vogelsbergkreis		311.400	594.400	406.700	753.500	443.200	250.000	4.233.400	812.000	1.605.700	779.100	
Vogtlandkreis		13.434.358	13.067.668	4.443.542	11.580.355	10.926.500	17.123.000	7.060.000	23.259.634	7.465.000	9.727.200	3.794.300
Vorpommern-Greifswald		5.677.316	6.090.387	9.278.059	3.644.700	4.676.000	2.172.432	1.376.507	5.393.142	9.371.932	3.962.927	1.623.834
Vorpommern-Rügen		7.740.089	3.190.800	5.388.768	4.900.738	12.982.900	584.151	4.261.536	2.130.574	4.899.973	4.805.210	789.649
Waldeck-Frankenberg		123.000	773.000	120.300	366.000	294.000	699.200	1.346.400	1.453.400	569.000	2.604.100	
Wartburgkreis		2.076.394	1.927.969	8.169.118	629.722		3.636.020	7.771.260	6.067.185	6.014.444	3.107.346	4.787.296
Weiden i.d.OPf.		960.240	355.000	315.000	187.000		63.697	1.106.737		1.970.000	160.000	
Weimar, Stadt		844.619	1.753.002	1.641.225	91.068		150.000	2.149.650		1.678.084	1.798.044	4.440.677
Weimarer Land		2.353.947	3.439.184	194.394	235.000		944.473	1.825.000	11.788.799	4.843.565	1.324.844	842.641
Werra-Meissner-Kreis		1.491.100	272.100	826.900	66.000	731.500	2.776.050	1.197.300	1.748.000	2.622.100	1.254.300	
Wesel							682.607		490.030	2.183.794	737.387	77.315
Wesermarsch		1.537.950	250.000	709.700	300.000				193.750		915.000	798.000
Wilhelmshaven, Stadt		411.674	2.950.059	1.301.987	586.207	456.942	1.145.999	996.187	954.585	1.197.934	134.880	
Wittenberg		156.197		276.800	581.200	501.900	120.000	123.750	1.990.350		1.503.375	
Wittmund				271.400								
Wolfenbüttel				5.273.559	647.000	2.837.207	4.454.621	1.358.750	623.000	1.235.608	6.814.183	180.000
Wunsiedel i. Fichtelgebirge		919.877	695.750			1.123.977	901.174	642.660	62.544	963.500	1.087.512	356.239
Wuppertal, Stadt				1.165.500	1.877.620		1.552.070	2.200.680	480.800	1.234.480	1.812.290	
Zweibrücken, kreisfreie Stadt		1.249.826		3.693.400	13.926.530	12.745.200	5.710.300	9.403.909	12.180.900	4.088.290	2.773.500	3.466.700
Zwickau		4.887.595	15.336.100									
Gesamtergebnis		600.293.063	474.892.981	386.954.154	443.861.441	412.643.785	374.881.809	460.697.978	654.453.747	514.119.777	524.706.099	336.150.268

¹⁾ KMU: kleine und mittlere Unternehmen im Sinne der EU-Definition.

Stand: 30.11.2020

Schwerin	485.111	144.416	150.314	186.441	290.866	427.162	574.905	463.783
Solingen, Klingenstadt								
Sömmerda	434.869	0	0	0	0	0	0	0
Sonneberg	0	0	387.942	524.090	563.633	112.192	300.612	265.935
Spree-Neiße	37.336	11.225	5.452	0	0	0	0	0
Städteregion Aachen	0	0	0	0	0	0	0	21.046
Steinburg	0	0	0	0	0	0	48.735	20.265
Stendal								
Südwestpfalz								
Suhl, Stadt	0	0	0	0	104.070	88.358	228.486	67.410
Teltow-Fläming	77.921	276.605	318.687	215.457	79.102	178.586	511.171	583.867
Tirschenreuth								
Uckermark	0	0	0	18.000	55.038	47.647	13.410	0
Uelzen								
Unna								
Unstrut-Hainich-Kreis	470.609	208.827	128.552	96.941	99.243	86.551	91.657	229.959
Viersen								
Vogelsbergkreis								
Vogtlandkreis	2.180.758	544.947	519.616	630.316	316.048	289.749	318.962	183.311
Vorpommern-Greifswald	134.922	39.365	25.611	20.239	14.979	78.045	95.081	104.196
Vorpommern-Rügen	118.793	13.159	11.988	66.099	57.254	5.092	28.199	138.866
Waldeck-Frankenberg								
Wartburgkreis								
Weiden i.d.OPf.								
Weimar, Stadt	1.636.361	817.175	1.755.185	1.520.651	598.839	431.157	765.162	849.305
Weimarer Land	316.853	152.811	328.110	197.035	111.252	37.303	168.152	167.541
Werra-Meißner-Kreis								
Wesel	0	0	0	0	0	0	53.473	58.708
Wesermarsch								
Wilhelmshaven, Stadt								
Wittenberg	78.077	0	0	0	0	0	0	0
Wittmund								
Wolfenbüttel								
Wunsiedel i.Fichtelgebirge	0	0	0	0	0	0	0	15.000
Wuppertal, Stadt	0	0	0	0	36.217	71.681	36.104	21.833
Zweibrücken, kreisfreie Stadt								
Zwickau	3.338.584	617.546	444.050	201.459	379.408	411.187	687.241	980.657
Gesamtergebnis	78.124.272	17.989.083	24.351.322	28.195.667	28.207.487	20.549.954	32.636.167	31.868.323

¹⁾ KMU: kleine und mittlere Unternehmen im Sinne der EU-Definition.

Stand: 30.11.2020

Saarlouis								
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge								
Salzlandkreis								
Schaumburg								
Schleswig-Flensburg								
Schmalkalden-Meiningen	0	0	0	0	0	85.315	9.480	0
Schwalm-Eder-Kreis								
Schwandorf								
Schwerin								
Solingen, Klingenstadt								
Sömmerda								
Sonneberg	0	0	0	0	0	31.694	3.521	0
Spree-Neiße								
Städteregion Aachen	0	0	0	0	0	0	0	75.858
Steinburg								
Stendal								
Südwestpfalz								
Suhl, Stadt								
Teltow-Fläming	0	0	0	33.907	612.438	390.090	208.473	108.338
Tirschenreuth								
Uckermark	0	0	0	0	0	0	0	21.000
Uelzen								
Unna								
Unstrut-Hainich-Kreis	0	0	0	0	0	0	0	10.000
Viersen								
Vogelsbergkreis								
Vogtlandkreis	0	0	0	0	0	0	0	29.828
Vorpommern-Greifswald	0	0	0	0	0	12.673	0	18.469
Vorpommern-Rügen								
Waldeck-Frankenberg								
Wartburgkreis								
Weiden i.d.OPf.								
Weimar, Stadt	0	0	0	0	257.328	78.957	0	0
Weimarer Land Werra-Meißner-Kreis								
Wesel								
Wesermarsch								
Wilhelmshaven, Stadt								
Wittenberg								
Wittmund								
Wolfenbüttel								
Wunsiedel i.Fichtelgebirge								
Wuppertal, Stadt								
Zweibrücken, kreisfreie Stadt								
Zwickau	0	0	0	0	0	0	0	29.102
Gesamtergebnis	0	0	0	130.019	2.015.541	1.693.952	838.263	2.344.607

1) KMU: kleine und mittlere Unternehmen im Sinne der EU-Definition.

Stand: 30.11.2020

Anlage 4
Förderzusagen
ERP-Regionalförderprogramm

Stand: 30.10.2020

	2010		2011		2012		2013		2014		2015	
	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR
Schleswig-Holstein	341	55.566.165	319	73.258.148	231	57.117.250	141	33.929.493	162	46.672.488	161	55.607.480
Niedersachsen	116	42.844.850	277	78.551.750	150	40.526.950	110	28.808.500	131	50.143.140	138	47.646.730
Bremen	1	1.500.000	8	1.045.000	3	1.130.000	3	2.686.000	-	-	2	508.000
Nordrhein-Westfalen	59	13.679.500	101	21.082.700	47	15.180.300	31	5.979.500	13	1.893.500	32	7.841.500
Hessen	23	4.883.375	80	13.912.200	23	2.359.600	8	1.887.800	12	4.436.700	25	6.839.680
Rheinland-Pfalz	13	1.137.500	26	6.388.500	8	1.313.350	6	476.000	2	76.100	11	1.473.400
Bayern	140	33.258.490	191	41.495.510	136	32.158.800	76	18.984.500	38	11.863.650	67	28.396.600
Saarland	3	329.000	2	580.000	-	-	-	-	-	-	-	-
Berlin	122	41.863.829	194	66.509.000	169	35.350.147	143	53.009.556	151	42.501.891	122	31.928.494
Brandenburg	96	48.757.300	114	35.311.950	109	30.475.761	83	24.972.050	98	31.855.850	91	30.363.531
Mecklenburg- Vorpommern	211	72.066.739	217	69.857.728	193	62.156.515	193	56.846.990	179	49.980.367	112	36.333.240
Sachsen	201	74.568.998	283	67.394.134	224	53.481.563	186	49.208.635	301	78.609.758	308	72.310.822
Sachsen-Anhalt	130	38.000.090	173	57.445.088	123	34.709.127	115	28.725.540	126	39.809.054	115	24.229.691
Thüringen	257	44.764.796	296	64.503.911	278	60.034.305	219	37.594.964	192	34.459.036	124	34.346.997
Deutschland	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Alle	1.713	473.250.432	2.281	597.335.598	1.694	425.993.659	1.314	343.108.928	1.405	392.281.333	1.308	377.626.144
	2016		2017		2018		2019		2020		Alle	
	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR	Anzahl	EUR
Schleswig-Holstein	154	61.629.797	199	78.544.000	199	83.201.697	150	53.866.580	73	24.619.538	2.130	624.002.636
Niedersachsen	127	57.809.117	148	73.939.317	186	69.734.230	135	35.794.960	56	18.882.200	1.574	543.681.245
Bremen	2	797.000	2	1.350.000	7	5.325.000	2	1.166.600	-	-	30	15.507.600
Nordrhein-Westfalen	73	18.747.793	65	28.109.400	122	56.472.900	41	20.227.768	8	2.284.000	592	192.298.861
Hessen	21	7.723.000	12	5.444.900	16	3.288.000	6	3.125.000	3	780.000	228	54.680.235
Rheinland-Pfalz	13	4.895.000	20	8.240.880	28	10.298.820	2	305.400	2	72.500	131	34.617.450
Bayern	76	26.263.000	117	39.985.200	113	32.220.035	56	19.809.960	12	1.889.500	1.022	286.325.285
Saarland	-	-	-	-	2	1.355.000	1	550.000	1	671.000	9	3.485.000
Berlin	125	28.148.900	207	47.864.105	217	59.862.603	158	45.633.147	158	32.553.704	1.768	485.265.377
Brandenburg	98	40.659.865	97	30.281.050	110	45.504.655	74	27.626.013	41	6.862.000	1.011	352.659.824
Mecklenburg- Vorpommern	108	42.751.214	102	49.978.810	122	54.288.611	68	27.004.903	37	15.815.149	1.541	537.076.686

Anlage 4

Sachsen	321	96.438.152	324	104.277.185	355	104.118.773	227	64.657.830	144	38.398.652	2.874	803.462.491
Sachsen-Anhalt	101	22.345.368	133	33.991.899	149	51.905.095	93	30.418.356	55	13.065.740	1.313	374.645.058
Thüringen	93	28.679.500	124	46.046.840	135	39.138.372	79	28.154.858	35	13.708.380	1.832	431.431.958
Deutschland	2	440.000	8	6.292.875	-	-	-	-	-	-	10	6.732.875
Alle	1.312	437.265.706	1.558	554.346.461	1.761	616.733.791	1.093	358.341.125	625	169.592.363	16.064	4.745.875.540

